

Ärztlicher Qualitätszirkel

Bamberg, 7.12.2005

Elektromagnetische Felder in der Medizin -Diagnostik, Therapie, Umwelt  
anerkannt von der Bayerischen Landesärztekammer (65143)

Dr. med H. Eger

Dr. med H. Heyn

Dr. med G. Kleilein

Dr. med C. Waldmann-Selsam

Karl-May Straße 48

96049 Bamberg-Bug

Minister S. Gabriel

Staatssekretär Müller

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Dienstszitz Berlin:

Alexanderplatz 6

D - 10178 Berlin

nachrichtlich: Bundeskanzlerin A. Merkel

Gesundh.min. U. Schmidt

Ministerpräs. E. Stoiber

Dr. H. Koch Bayr. LÄK

Gesundheitsämter in Hof,

Bamberg, Coburg

Ärztliche Dokumentation von Gesundheitsschäden durch el.magn Hochfrequenzfelder

Sehr geehrter Herr Minister,

von unserem Qualitätszirkel sind zunehmend besorgniserregende schwerwiegende  
Gesundheitsschäden an Einwohnern der Bundesrepublik Deutschland durch Vorort-  
Untersuchungen incl. Messungen dokumentiert worden.

Wir lassen Ihnen daher die Unterlagen persönlich zukommen.

Wir führen hier den medizinisch-wissenschaftlichen Beweis, dass die zur Zeit technisch  
verwendeten hochfrequenten elektromagnetischen Felder innerhalb gültiger Grenzwerte  
kausal zu Gesundheitsschäden an der bundesdeutschen Bevölkerung führen.

Grundlage ist der in der Medizin gültige Beweis über die Analogie gehäuft auftretender  
vergleichbarer Krankheitsbilder.

Die zuvor nachweislich gesunden Patienten erkranken unabhängig voneinander;

sie erkranken in eindeutigem zeitlichen Zusammenhang mit Senderinstallationen und die Krankheitsbilder bessern  
sich, wenn keine Hochfrequenzbelastung besteht (Deexposition).

Es erkranken nicht nur Einzelne, sondern ganze Familien und Nachbarschaften.

Trotz Information an das Bundesamt für Strahlenschutz und Ihr Ministerium unter der  
vorherigen Regierung ist bisher nicht vor Ort dahingehend gehandelt worden, dass die  
krankmachende Noxe durch Senderabschaltung untersucht wurde.

Entsprechende Vorortuntersuchungen bei Erkrankten sind im Deutschen Mobilfunk-  
Forschungsprogramm nicht einmal ansatzweise vorhanden, obwohl die Untersuchung  
von Bevölkerungsteilen in Sendernähe bereits 2002 als prioritär zu untersuchendes  
Problem eingestuft wurde ( Bundestagsdrucksache 14/8792 ).

Eine weitere Verzögerung ist nach dem Vorliegen unserer Unterlagen weder ethisch noch  
juristisch zu rechtfertigen, da hier eine Situation " Gefahr im Verzug " vorliegt, die  
umgehendes Handeln erfordert.

Die jetzt allgemein anerkannte Notwendigkeit verschärfter Kontrollen der Fleischwirtschaft  
mag als Denkanstoß hilfreich sein.

Im Ausdruck großer Sorge

Anlagen: Dokumentationen erkrankter Patientengruppen in Dresden, Völklingen, Ötisheim